

Pulsnitzer Tageblatt

Verantwortlicher Redakteur: Pulsnitzer Tageblatt
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er erscheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten — hat der Verleger
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeitzeile (Masse's Zeilenmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.30. Amtliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 %, Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlässen in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Bretznig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Dier-
Niederlichtenau, Friebersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Vichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. A. Försters Erben (Inh. J. W. Nohr)

Schriftleiter: J. W. Nohr in Pulsnitz

Nummer 215

Mittwoch, den 14. September 1927

79. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Gewerbekammerbeitrag 1927

Die 2. Hälfte des Gewerbekammerbeitrags 1926/27 — Bescheid zugest. in der Zeit
vom 27.—30. 12. 1926 — war am 1. September d. J. fällig.

Die Pflichtigen werden aufgefordert, die fälligen Beträge zur Vermeidung von Wei-
terungen nunmehr umgehend

spätestens bis 24. ds. Mts.

an unser Steueramt zu entrichten.

Pulsnitz, Sa., am 14. September 1927.

Der Stadtrat.

Ankündigungen aller Art
in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar
bestem Erfolg.

Das Wichtigste

Wie die „Tägliche Rundschau“ meldet, wird Dr. Stresemann zu
Beginn nächster Woche nach Berlin zurückkehren.
Die Reichspost plant erhebliche Verbesserungen des Betriebes.
Drei Flugzeugwracks sind auf dem Ocean gefunden worden.
Wie verlautet, wollen sich Chamberlain und Briand einer Konferenz
der Locarno Mächte entziehen.
Der Bürgermeister von New York, Walker, ist gestern mittag aus
Staten kommend in Paris eingetroffen.
Die Ankunft des französischen Ministers des Aeußern, Briand, aus
Genf in Paris ist offiziell für Freitag abend festgelegt. Briand
wird bereits am dem Ministerrat, der am kommenden Sonn-
abend stattfindet, teilnehmen.
Die spanische Botschaft in Paris dementiert offiziell die Gerüchte
über ein Attentat auf König Alfonso von Spanien.
Mehrere italienische Kommunisten, die in Paris ihr Asyl gefunden
hatten, haben gestern den Ausweisungsbefehl erhalten. Unter
ihnen befinden sich zwei Direktoren bekannter italienischer Kom-
munistenblätter, der Schriftsteller Cilla und die früheren kom-
munistischen Abgeordneten Guadi und Di Vittorio. In fran-
zösischen Pinkschreien haben diese Ausweisungen große Erregung
herdorgeufen.

Der kommende Reichstag.

Ueber die innenpolitische Lage gehen uns von unserem
parlamentarischen Mitarbeiter folgende Ausführungen zu:

Der Reichstag sollte ursprünglich am 26. September zu-
sammentreten. Nun hat aber der Reichsrat die Besprechungen
über das Reichsschulgesetz noch nicht beendet. Darauf
konnte man in verschiedenen Zeitungen lesen, die Herbsttagung
sei überhaupt in Frage gestellt. Diese Nachricht ist wenig
glaubwürdig, weil der Finanzminister Dr. Köhler dem Reichs-
tag versprochen hatte, die Besoldungsreform beschleunigt zu
erledigen. Der Beginn der Sitzung wird also nur um einige
Tage verschoben werden. Wir wissen, welche Bedeutung das
Beamtentum in der Republik hat. Die Parteien konnten die
gewiss berechtigten Wünsche der Beamten nicht übersehen und
nicht übergehen. Auch die Auslandsdeutschen, deren Ent-
schädigungsansprüche gleichfalls im Finanzministerium be-
arbeitet werden, drängen, damit die Festsetzung und Aus-
scheidung der im Kriegschadenschlußgesetz vorgesehenen Sum-
men baldigst erfolgt und nicht bis nach den Neuwahlen im
Sommer 1928 verschoben wird.

Es ist eigenartig, daß wir schon mehrfach um die Wei-
nachzeit Kabinettskrisen hatten. Auch in diesem Jahre rüsten
sich die Oppositionsparteien zu starken Vorstößen. Es ist noch
nicht ersichtlich, ob sie mit ihren Wünschen, die Regierung zu
stürzen, zum Ziele kommen werden. Bekanntlich tritt man in
politischen Kreisen für eine Zusammenlegung der Wahlen im
Reich und in Preußen schon aus Ersparnisrückichten ein,
eine Auffassung, die man nur begrüßen kann. Es wird von
der Haltung der Deutschnationalen abhängen, ob die Re-
gierungscoalition gefährdet werden wird. Zwar sind die
Deutschnationalen mit den Ergebnissen von Genf
nicht zufrieden und erklären, Deutschland hätte nicht die
Fakultätsklausel des Schiedsgerichts im Haag unterzeichnen
dürfen, man betont auch, der Außenminister hätte in seiner
großen Rede die deutschen Ansprüche auf Rheinlandräumung
und allgemeine Abrüstung schärfer formulieren müssen, wir
sind aber der Ansicht, daß solche Fragen mehr das Re-
konniet als den Reichstag beschäftigen werden, wenn auch wohl
die Deutschnationalen im Reichstag zu gegebener Zeit die
deutschen Forderungen an das Ausland herausheben werden.
Es ist das eine Frage der Taktik. Wir vermuten, daß der
deutschnationale Angriff eher die Entente als den Außen-
minister treffen wird.

Gleich nach dem Zusammentritt des Reichstages wird sich
auch der Interfraktionelle Ausschuss wieder zusammensetzen.
Dieser Ausschuss wird von den Regierungsparteien zu vor-
beretenden Arbeiten beauftragt, damit Deutschnationale und
Zentrum, Deutsche Volkspartei und Bayern in den Kom-
missionen nach gemeinsamen Richtlinien arbeiten können. Die

Die Reichspost plant erhebliche Betriebsverbesserungen

Vermehrung der Bestellungen auf dem Lande

Die französisch-polnische Zusammenarbeit in Genf — Tsifunkatastrophe in Japan

Die Deutsche Reichspost plant — wenn möglich, noch
in diesem Jahr — in ihren gesamten Betrieb erhebliche
Verbesserungen durchzuführen. Der Reichspostmini-
ster hat vor einigen Tagen eine Verfügung an alle Oberpost-
direktionen erlassen mit der Aufforderung, die Frage der
Verkehrserweiterung zu prüfen und entsprechende Vorschläge
bis zum 1. Oktober dieses Jahres vorzulegen.

In der Verfügung heißt es u. a., daß durch die am
1. August in Kraft getretene Gebührenerhöhung ja eine
wesentliche Mehreinnahme zu erwarten sei und daß die Post
dadurch die Möglichkeit habe, viele vor und nach dem Kriege
vorgenommene Einschränkungen wieder fallen zu lassen. Die
Verbesserungen sollen sich insbesondere auf die
Briefzustellung, die Paketannahme und den
Schalterdienst beziehen.

Auch für die

Bestellung auf dem Lande

sollen wesentliche Verbesserungen geschaffen werden. In allen
Orten, wo bisher nur eine Zustellung erfolgte, sollen
unbedingt wieder zwei eingeführt werden. Dazu will man
die Kraftwagen mit heranziehen, um weitere Personalein-
stellung zu vermeiden. Die Oberpostdirektionen in der Pro-
vinz haben auch die Frage zu prüfen, ob eine Aufstel-
lung von Briefmarkenautomaten in den kleinen
Orten zweckmäßig erscheint.

Neuorganisation der Landesarbeitsämter.

Verminde rung von 22 auf 13 Aemter.

Nach der Neuordnung der Erwerbslosenfürsorge durch
vor einigen Monaten im Reichstag angenommene Gesetz
wird die Organisation der Landesarbeitsämter im Deutschen
Reich neu geregelt. Statt der bisher in Deutschland bestehen-
den 22 Landesarbeitsämter werden künftig nur 13 Lan-
desarbeitsämter bestehen bleiben, die so organisiert
sind, daß im allgemeinen auf die Landesgrenzen Rücksicht ge-
nommen ist. Für Berlin wird gleichzeitig mit der Provinz
Brandenburg ein einziges Landesarbeitsamt mit dem Sitz in
Berlin begründet.

Die Liquidationsgeschädigten fordern Erhöhung der Entschädigungen.

Besprechung der Reichsminister.

Berlin. Am Dienstag nachmittag fand eine Be-
sprechung der Reichsminister über alle schwebenden Fragen,
vor allem über das Postfinanzgesetz und über die
neuen Ansprüche der Liquidationsgeschädigten
statt.

neue Beamtenbesoldung wird wohl kaum zu
Schwierigkeiten Anlaß geben. Die Sätze, die der Reichs-
finanzminister Dr. Köhler in seiner Magdeburger Rede be-
kannt gab, haben in ihrer Höhe die Opposition überrascht, da
wohl kaum mit einer größeren Erhöhung als durchschnittlich
10 Prozent gerechnet wurde. Ernsthaft wird der Kampf da-
gegen in den Ländern sein, die die Lasten für die Befoldungs-
erhöhung auf das Reich abwälzen möchten. Zwischen dem
Zentrum und der Volkspartei besteht eine gewisse Spannung
in der Schulfrage. Wir wissen aber, daß die Unstimmig-
keiten in wochenlangen Beratungen zwischen den in Frage
kommenden Instanzen schon vor den Reichstagsferien so weit
behoben waren, daß es wohl auch hier eine Einigung geben
wird. Die Lösung des Reichsinnenministers ist jedenfalls der
Versuch, dem Entwurf eine Fassung zu geben, die die Wünsche
aller Beteiligten berücksichtigt. Das wird auch von den
Geizern des Schulaesekes anerkannt.

Die Liquidationsgeschädigten haben nach der Annahme
der Erhöhung der Beamtengehälter durch den Reichsfinanz-
minister darauf hingewiesen, daß das Reich offenbar doch
laufende Mittel für dringend notwendige Ausgaben habe.
Die Organisation der Liquidationsgeschädigten hat eine neue
Denkschrift vorbereitet, in der jährlich

100 Millionen aus laufenden Mitteln für die Erhöhung
der Liquidationsentschädigungen gefordert werden

neben der von der Reichsregierung bereits vorgeschlagenen
Benutzung der Reichsbahnobligationen. Diese Denkschrift ist
bereits mit Vertretern der Regierungsparteien behandelt und
wird auch Gegenstand der Beratungen der Reichsminister sein.

Die französisch-polnische Zusammenarbeit in Genf

Die gestrigen Erklärungen Paul Boncour's im Abrüstungs-
ausschuss des Völkerbundes wurden gestern abend in allen Dele-
gationskreisen lebhaft erörtert. Allgemein ist die weitgehende
Unterstützung aufgefallen, die Paul Boncour dem polnischen Dele-
gation in der Forderung auf weitere Sicherheitsgarantien gewährt
hat. Von deutscher Seite muß die von Paul Boncour geltend
gemachte Forderung auf Organisierung der internationalen Sicher-
heit als ein neuer Vorstoß zur Verewigung der durch den Versailler
Vertrag geschaffenen Verwickelung Deutschlands aufgefaßt werden.
Der von französisch-polnischer Seite während der Genfer Tagung
immer wieder geltend gemachte Hinweis auf die Gefährdung des
Friedens und im Zusammenhang damit auf den Abschluß von
allgemeinen kontinentalen Sicherheitsverträgen kann nur dahin
verstanden werden, daß der im Versailler Vertrag geschaffene Zu-
stand und insbesondere die deutschen Grenzfestsetzungen im Osten
für die Zukunft verewigt und durch eine Beteiligung Deutschlands
an derartigen Sicherheitsverträgen endgültig garantiert werden soll.
Die fortgesetzte Betonung der Bedrohung des Friedens und die
Schaffung der internationalen Sicherheitsgarantie kann nur als ein
Mittel aufgefaßt werden, um in Genf bereits eine Atmosphäre zu
schaffen, die in der Zukunft den Abschluß von weitgehenden Sicher-
heitsverträgen mit Deutschland ermöglichten soll.

Tsifunkatastrophe in Japan

London, 13. September. Wie aus Tokio berichtet wird, sind
durch riesige Fluten in Kyushu schwere Ueberschwemmungen verursacht
worden und Tausende von Personen ertrunken. Die Verbindungen
sind vollständig unterbrochen und man befürchtet, daß die niedriger ge-
legenen Teile der Insel vollkommen weggerissen werden könnten. Die
Boote an der Küste wurden durch die Fluten in die Stadt getrieben.
Hunderte von Fischerbooten sind verloren. Die Katastrophe wird auf
ein Meereseben einige Meilen von der Küste zurückgeführt. Nagasaki
und einige andere Städte wurden von einem schweren Tsifun helm-
geschlucht. Zahlreiche Häuser sind zusammengebrochen und die telefonischen
Verbindungen sind unterbrochen.

Nun haben die Sozialdemokraten und Demokraten lange
vor der Auflösung des Reichstages den Wahlkampf begonnen.
Das Bild, das sich heute schon in scharfen Zügen abzeichnet,
läßt uns erkennen, daß der kommende Wahlkampf ein Kampf um
die Farben Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot sein wird.
Die Rechte wie die Linke glaubt an Erfolge, glaubt an einen
Sieg unter den genannten Parolen. Man ist im Lager der
Linken der Auffassung, daß es schon in der kommenden Reichs-
tagstagung im Interfraktionellen Ausschuss zu Auseinander-
setzungen zwischen den Deutschnationalen und dem Zentrum
kommen wird. Ist das richtig? Der Finanzminister Dr. Köhler
ist Mitglied des Zentrums. Er hat ein Interesse an der Er-
ledigung der Besoldungsreform. Das Zentrum will unbedingt
die Schulfrage lösen. Mit den Sozialdemokraten ist eine
Einigung wohl ausgeschlossen. Im Zentrum wird man also
kaum Neigung haben, durch eine scharfe Auseinandersetzung
mit der Rechten die brennenden Fragen des Tages zu ge-

